



Hochschule Neubrandenburg
University of Applied Sciences

**Teilhabe an Hochschulbildung im Kontext von Fluchtmigration.
Potenziale und Bedarfe aus Sicht von Geflüchteten und anderen
Hochschulangehörigengruppen**

**Abschlussbericht zum Forschungsprojekt
Ankommen in der Stadt Neubrandenburg. Teilhabemöglichkeiten und
-angebote aus Sicht von Geflüchteten und pädagogischen Professionellen**

**Autorinnen:
Júlia Wéber und Frauke Risse**

**Mittelgeber: Hochschule Neubrandenburg
Laufzeit: 15.10.2018-31.12.2018 (Phase 1)
und 01.04.-31.07.2019 (Phase 2)**

**Projektleitung: Prof.´in Dr. Júlia Wéber
Hochschule Neubrandenburg
Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung**

Teilhabe an Hochschulbildung im Kontext von Fluchtmigration. Potenziale und Bedarfe aus Sicht von Geflüchteten und anderen Hochschulangehörigen

Abstract

Der Beitrag stellt zentrale Befunde aus dem qualitativ angelegten Forschungsprojekt »Ankommen in der Stadt Neubrandenburg. Teilhabemöglichkeiten und -angebote aus Sicht von Geflüchteten und pädagogischen Professionellen« zur Diskussion. Das Forschungsprojekt wurde im Auftrag des International Office im Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung der Hochschule Neubrandenburg im akademischen Jahr 2018/19 durchgeführt. Der Beitrag fokussiert Teilhabeaspekte an Hochschulbildung aus der Sicht von geflüchteten und ausländischen Studierenden und bietet einen Einblick in die Perspektive der professionellen Hochschulangehörigen, die die Rolle von Unterstützer*innen, Mentor*innen und Wegbegleiter*innen von Studierenden mit einer Fluchtbiografie einnahmen. Die Erforschung der institutionellen Unterstützungspraxis erfolgte mit dem Ziel, auf besondere Bedarfe und Blindstellen aus Nutzer*innenperspektive sowie auf vorhandene Veränderungspotenziale aus Akteur*innenperspektive hinzuweisen. Das empirische Material wurde im Rahmen von zwei Gruppendiskussionen mit Studierenden und fünf Expert*inneninterviews mit Lehrenden und fachpraktischen Mitarbeitenden erhoben.

Schlüsselbegriffe: Teilhabe an Hochschulbildung, geflüchtete Studierende, Unterstützungspraktiken an der Hochschule Neubrandenburg

This article presents central findings based on the qualitative research project “Arrival in the City of Neubrandenburg. Opportunities and offers of participation from the perspective of refugees and educational professionals”. The research project has been carried out on behalf of the International Office in the Department of Social Work and Education of the University of Applied Sciences Neubrandenburg in the academic year 2018/19. The article highlights aspects of participation in higher education from the perspective of students from refugee backgrounds as well as of foreign students. It also offers an insight into the perspective of professional university members who took on the role of supporters, mentors and companions of refugee students. Research on institutional support practices was conducted with the aim of identifying special needs and blind spots from the user's perspective and existing potential for improvement from the actor's perspective. The empirical material was taken from two group discussions and five expert interviews.

Keywords: participation in higher education, refugee students, support practices in context of studies at Neubrandenburg University of Applied Sciences

Widmung

Wir möchten den vorliegenden Beitrag den Absolventinnen der Hochschule Neubrandenburg Frau Mirosława Uglowa BA und Frau Hanna Lukianienko BA widmen, die als Studierende BA Soziale Arbeit im Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung am 15. Mai 2019, drei Wochen vor der Einreichung ihrer Bachelorarbeiten, in die Ukraine abgeschoben wurden. Beide Frauen haben in der Vergangenheit je einen Asylantrag in Mecklenburg-Vorpommern gestellt, diese wurden abgelehnt. Als angehende Professionelle der Sozialen Arbeit lebten die Frauen mit einem Duldungsstatus in Neubrandenburg, sie waren laut der Ausländerbehörde »vollziehbar ausreisepflichtig«. In Mecklenburg-Vorpommern ausgebildet, gesellschaftspolitisch vielseitig engagiert und während des Studiums stets im sozialen Bereich erwerbstätig, hatten sie den Wunsch, mit ihren Familien dauerhaft in Neubrandenburg zu bleiben. Sie wurden aus unserer Perspektive überraschend und nicht unter Wahrung ihrer Menschenrechte abgeschoben, die Abschiebung verwehrte ihnen das Recht auf Hochschulbildung und daran anschließende Teilhaberechte in Deutschland, einem sicheren Staat ohne bewaffnete Konflikte. Bis Ende Oktober 2020 (Stand des Beitrags) blieben alle Bemühungen des breiten Unterstützer*innenkreises in Mecklenburg-Vorpommern, die für beide Frauen verhängte Einreiseperrre von 30 Monaten widerrufen zu lassen, erfolglos.

Die aktuelle deutsche Migrationspolitik, die sowohl auf eine Anwerbung von Fachkräften als auch auf Abschreckung bzw. Abschiebung von Geflüchteten setzt, wird vielfach von Fachverbänden der Sozialen Arbeit kritisiert. Wir schließen uns diesen Kritiken hiermit an:

»Politische Ermessensentscheidungen bei der Deklaration sogenannter »sicherer Herkunftsstaaten« bzw. die Behauptung von »sicheren Teilgebieten« in Krisengebieten, die allein schon ausreichen, um Abschiebungen in diese Länder zu legitimieren, untergraben den Wesenskern des internationalen Schutzes für Geflüchtete nach der Genfer Flüchtlingskonvention und das Individualrecht auf Prüfung der persönlichen Fluchtgründe.« (Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit 2018)¹

¹ Eine Stellungnahme des Fachbereichs Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung (FB SBE) sowie der AG Pro Bleiberecht im Studium zu den Abschiebungen vom 11.06.2019 ist auf der Hochschulseite veröffentlicht (FB SBE 2019).

Danksagung

An erster Stelle gilt unser besonderer Dank allen Interviewpartner*innen, die sich für die Gespräche im Rahmen des dem Beitrag zugrundeliegenden Forschungsprojekts bereit erklärt und uns Einblicke in ihre Sichtweise auf Ankommen in Neubrandenburg und Teilhabe an Hochschulbildung gewährt haben. Des Weiteren gilt unser Dank allen Personen und Strukturbereichen der Hochschule Neubrandenburg, die das Forschungsprojekt ermöglicht und unterstützt haben.

Einleitung: Erkenntnisinteresse und Fragestellung

Der vorliegende Beitrag stellt zentrale Erkenntnisse aus dem qualitativ angelegten Forschungsprojekt »Ankommen in der Stadt Neubrandenburg. Teilhabemöglichkeiten und -angebote aus Sicht von Geflüchteten und pädagogischen Professionellen« zur Diskussion, welches im Auftrag des International Office (IO) unter der Leitung von Prof.´in Dr. Júlia Wéber im Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung (FB SBE) der Hochschule Neubrandenburg im WS 2018-19 und im SoSe 2019 durchgeführt wurde. Die studentischen Mitarbeiterinnen waren MA Frauke Risse, MA Luise Gundermann (Absolventinnen MA Social Work), Verena Heidemann und Monika Schmidt (Studentinnen BA Soziale Arbeit).

Das Forschungsprojekt zielte auf die Rekonstruktion der subjektiven Sichtweise und Deutung von Ankunft in der Stadt Neubrandenburg aus der Perspektive von Geflüchteten mit einer Hochschulzugangsberechtigung einerseits und auf die Rekonstruktion der Perspektive der professionellen Hochschulangehörigen andererseits ab, die die Rolle von Unterstützer*innen, Mentor*innen und Wegbegleiter*innen von Studierenden mit einer Fluchtbiografie an der Hochschule Neubrandenburg einnahmen.

Der jüngste Lebensabschnitt, das Ankommen als prozesshafte Phase im Lebensverlauf von Studierenden bzw. zulassungsberechtigten Menschen mit einer Fluchtbiografie in neuen geografischen, sozialen und professionellen Räumen, wurde anhand von zwei Gruppendiskussionen und fünf Expert*inneninterviews mit einem thematischen Fokus auf die Nutzung und Deutung der Angebote an der Hochschule Neubrandenburg untersucht. Die Nutzung der institutionellen Angebote fand hinsichtlich ihrer Potenziale nach mehr Teilhabemöglichkeiten für Neubürger*innen mit dem Ziel der Betrachtung, auf besondere Bedarfe und Blindstellen aus Nutzer*innenperspektive sowie auf vorhandene Veränderungspotenziale aus Akteur*innenperspektive hinzuweisen. Die Auswertung der Gruppendiskussionen erfolgte in Anlehnung an die Dokumentarische Methode nach Bohnsack (2007; 2008). Dabei kontrastierten sich bereits im ersten Interpretationsschritt konkrete Problemlagen und Handlungsbedarfe. Insbesondere die prekären Lebenslagen, die von den Teilnehmenden formuliert wurden, machten eine intensive Betrachtung dieser aus der Sicht der Forscherinnen notwendig. Nach einem Erstellen von Themenübersichten zu den Gruppendiskussionen erfolgte aus diesem Grund eine zusätzliche Auswertung des Materials in Anlehnung an die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2010). Die Auswertung der

Expert*inneninterviews wurde mit der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) vorgenommen.

Der Forschungsgegenstand: Teilhabe an Hochschulbildung von Personen mit Fluchterfahrung

Im globalen Vergleich zeigen sich gravierende Unterschiede beim Zugang zum tertiären Bildungsbereich. Während in Subsahara-Afrika durchschnittlich weniger als jeder zehnte junge Mensch ein Studium aufnimmt, liegen die Studierendenquoten in Nordamerika und Westeuropa bei 76% (vgl. Lambert/Blumental/Beigang 2018: 5). Demgegenüber erhalten lediglich etwa ein bis drei Prozent von Geflüchteten weltweit einen Zugang zu Hochschulbildung (UNHCR 2019: o. S.).

In Deutschland lag die Studienanfängerquote 2018/19, im akademischen Jahr, in dem das dem Beitrag zugrundeliegende qualitative Forschungsprojekt durchgeführt wurde, bei 57% (Statistisches Bundesamt 2019 o. S.). Mehr als 3.700 ›Studierende mit einer Fluchterfahrung‹ waren im WS 18/19 an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Insgesamt wurden 10.087 ›Geflüchtete‹ im Zeitraum von drei Jahren (WS 2015/2016 bis WS 2018/2019 mit steigender Tendenz) an deutschen Hochschulen neu immatrikuliert (vgl. HRK 2019 o. S.).

Im Forschungsprojekt wurde bei der Betrachtung der Lebenslage Studium nach Fluchtmigration auf das dynamische Konzept von Teilhabe rekurriert, das sich durch reziproke Austauschprozesse (Adloff/Mau 2005) zwischen Mitgliedern einer heterogenen und pluralistischen Gesellschaft verwirklicht. Teilhabe fungiert heute als »eine der zentralen Kategorien gesellschaftlicher Lagebestimmung« (Fücks/Siller/Schulte-Basta 2016: 7). Zur Beschreibung sozialer Probleme werden im Sinne der soziologischen Ungleichheitsforschung über die materiellen Unterschiede hinaus auch gesellschaftliche Ein- oder Ausschlussprozesse in Betracht gezogen. Teilhabe an gesellschaftlich wertvollen Orten, Netzen und Systemen wird damit zur Gerechtigkeitsnorm und Zielbestimmung gesellschaftlicher Entwicklung (vgl. ebd.). Als von zentraler Relevanz gesellschaftlicher Teilhabe gelten neben der frühkindlichen Bildung die Bereiche Rechtsstatus, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarktintegration, Soziale Integration und Einkommen, Gesellschaftliche Integration und Beteiligung, Wohnen und Gesundheit (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011:

10).² Aus menschenrechtlicher Perspektive gehört Teilhabe »zu den Grundwerten, auf deren Realisierung die Menschenrechte zielen« (Just 2016: 87). Teilhabe verweist im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte u.a. auf das Recht auf soziale Teilhabe (Art. 22), auf Bildung (Art. 25) und der Teilhabe am kulturellen Leben (Art. 27).

Wie das Positionspapier »Für eine solidarische Gesellschaft und den Erhalt des Rechts auf Asyl« der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V. (DGSA) von 27.06.2018 hervorhebt, bildet für Geflüchtete eine

»umfassende Teilhabe von Beginn an (...) den Ausgangspunkt, um eine eigene Existenzgrundlage erhalten bzw. aufbauen zu können, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in der Gesellschaft einzubringen. Teilhabechancen geflüchteter Menschen schaffen dabei zugleich Möglichkeiten der Begegnung mit Angehörigen der Aufnahmegesellschaft, die für beide Seiten wichtig sind« (DGSA 2018: 1f.).

Teilhabeerfahrungen bieten in diesem Sinne eine bedeutsame Basis für die Neuordnung und den Aufbau der eigenen Lebensbereiche nach Fluchtmigration in neuen geografischen und sozialen Räumen, im Dialog mit Mitgliedern und durch Unterstützung seitens der Institutionen der Aufnahmegesellschaft. Als Dimensionen von Teilhabe werden vielfach soziale Praktiken wie Vertrauensbildung, Aufbau von solidarischen Beziehungen, tragende soziale Netzwerke und sogar gemeinsame Verhaltensnormen sowie ein Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl, das Engagement füreinander wachsen lässt, beschrieben (vgl. DRK 2008: 15).

Der Fokus auf Studierende mit Fluchtbiografie als zentrale Akteursgruppe ist im Forschungsprojekt in der rassismuskritischen Perspektive von Sozialer Arbeit begründet, die Migration als Normalität und Geflüchtete als neue Bürger*innen auffasst, denen bedingungslos Rechte zuzusprechen sind (vgl. Yıldız 2018: 69). Diese heterogene Gruppe angehender Professioneller ist aufgrund der Verlusterfahrungen von Familie/Angehörigen, Status, Zuhause, bisherigen professionellen Handlungsmöglichkeiten und einem (ggf. gesicherten) Erwerbsstatus am neuen Lebensmittelpunkt vielfältigen Ausgrenzungs- und Prekarisierungsrisiken ausgesetzt. Die Einbeziehung ihrer Perspektive in die Erhebung und Auswertung ermöglicht – in Anlehnung an Bourdieu (1983) – einen Einblick in ökonomische, kulturelle und soziale Ressourcen, die den Aufbau einer gesicherten Identität, einer autonomen Lebensführung und einer beruflichen (Neu-)Orientierung nach der Ankunft in Deutschland

² Auch das öffentlich höchst kontrovers diskutierte Konzept der Integration zielt auf Teilhabe im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben der Gesellschaft (vgl. Just 2016: 88). Im vorliegenden Forschungsprojekt wird in Abgrenzung zu Integration auf den Begriff der Teilhabe rekurriert. Zur Kritik des Integrationsbegriffs s. z. B. Mecheril 2011.

zentral beeinflussen. Dem potenziellen Be- oder Verhinderungsprozess der Entwicklung einer Berufsbiografie von Geflüchteten entgegenzuwirken, ist von besonderem gesellschaftspolitischen Interesse, da der Erwerbsstatus und die ökonomische Teilhabe alle Lebensbereiche entscheidend beeinflusst und im Hinblick auf Statuszuweisung, soziale Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe von Bedeutung ist (Kronauer 2010a: 145ff.; Promberger 2008). Der Zugang zu Hochschulbildung von Geflüchteten wird im vorliegenden Beitrag vor der Erkenntnisfolie der Verteilung von Bildungschancen und der Regulierung des Bildungssystems im Sinne von mehr Chancengleichheit für alle Gesellschaftsmitglieder (Becker/Lauterbach 2010b; Foroutan et al. 2015) zur Diskussion gestellt.

Spezifische Herausforderungen Geflüchteter wurden vor 2015 an den meisten deutschen Hochschulen nicht in Betracht gezogen, weder im Kontext von Internationalisierung noch in Bezug auf Diversität (vgl. Schammann/Younso 2017: 11). Als Reaktion auf die gestiegene Zuwanderung Geflüchteter wurden 2015-19, mit Unterstützung durch politische Akteur*innen und Förderorganisationen, vielfältige Programme an deutschen Hochschulen eingerichtet, um Geflüchteten einen Studienzugang zu ermöglichen. Begleitend hat sich in Deutschland eine Forschung entwickelt, die die besonderen Bedingungen untersucht, denen Geflüchtete beim Zugang zur Hochschule und im Studium begegnen (Blumenthal et al. 2017; Borgwardt/John-Ohnesorg/Zöllner 2015; Drewes 2018; Lambert/von Blumenthal/Beigang 2018; Schamman/Younso 2016). Subjektorientierte Untersuchungen mit einem Fokus auf die Perspektive der geflüchteten Studierenden sind selten (z.B. Karakaşoğlu/Mecheril, laufend).³ Empirische Untersuchungen aus den letzten Jahren konstatieren übereinstimmend, dass regelmäßiger Kontakt und Austausch zwischen Geflüchteten und anderen Studierenden nicht nur das Erlernen der deutschen Sprache erleichtert, sondern auch das wechselseitige Verständnis fördert und Geflüchteten persönliche Erfolge und Anerkennungserfahrungen ermöglicht. Auch erwerben sie dabei zentrale Kompetenzen und Qualifikationen für den Arbeitsmarkt in Deutschland oder in ihrem Herkunftsland (HkL).

Zentrale Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt Ankommen

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse des oben beschriebenen qualitativ angelegten Forschungsprojekts vorgestellt. Bei der Erhebung und Auswertung des Materials wurden die Perspektiven der Hochschulangehörigengruppen Studierende mit Fluchterfahrung, ausländische Studierende, Lehrende und fachpraktischen Mitarbeiter*innen berücksichtigt.

³ International existiert schon seit Längerem eine breite sozialwissenschaftliche Forschung über Hochschulbildung und Geflüchtete (vgl. Lambert/von Blumenthal/Beigang 2018: 4; z.B. Joyce et al. 2010; Morrice 2013).

Der Fokus auf die höchst vulnerable Lebenslage Studium nach Fluchterfahrung und die in dieser begründeten spezifischen Bedarfe in diesem Bericht wurde aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs hinsichtlich Unterstützungsangebote für Geflüchtete gewählt.⁴

Die Hochschule Neubrandenburg und die bestehende Angebotsstruktur

Die Hochschule Neubrandenburg ist wissenschaftliches Zentrum in der Region Mecklenburgische Seenplatte (MSE) mit nahezu 2000 Studierenden und 300 Mitarbeiter*innen. Angewandte Forschung in den Fachbereichen (FB) Agrarwirtschaft und Lebensmittelwissenschaften, FB Gesundheit, Pflege, Management, FB Landschaftswissenschaften und Geomatik und FB Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung mit ihren jeweiligen wissenschaftlichen Ausfächerungen ist das Kernkompetenzfeld der Hochschule. Die Hochschule Neubrandenburg liegt in einer Mittelstadt mit weniger als 70.000 Einwohner*innen. Die kleine Größe der Hochschule Neubrandenburg, kleine Studiengänge und der übersichtliche Campus ermöglichen einen guten Austausch sowohl unter Studierenden als auch mit Dozierenden.

Die Hochschule Neubrandenburg hält eine vielfältige Angebotsstruktur vor, um Menschen mit Fluchtbiografie und ausländischen Studierenden das Ankommen im Studienalltag zu erleichtern. Dazu gehören bspw. das IO, das Buddy Programm und die unregelmäßigen Angebote der heterogenen Community für Menschen mit Migrationsbiografie und Fluchterfahrung. Die vielfältigen Angebote sollen dabei verschiedene Unterstützungsbedarfe der Studierenden adressieren, wie beispielsweise den Spracherwerb, das Kennenlernen des potentiellen Studienfachs und den Kontaktaufbau zu anderen Studierenden.

Im International Office wird eine niederschwellige Beratung für internationale Studierende sowie (potenzielle) Studierende mit Fluchtbiografie angeboten. Durch die Online Präsenz auf der Website der Hochschule, die es bspw. auch auf Arabisch gibt, haben Nutzer*innen die Möglichkeit, sich auch digital mit der Neubrandenburger Hochschule als Studienort und Angebotsstrukturen zu beschäftigen. Zu den Aufgaben des International Office gehören neben der Beratung, Koordination von Studierenden ins Ausland und dem Aufzeigen der Hochschulstrukturen die Planung von Veranstaltungen, mit dem Ziel, die Vielfalt der Hochschule widerzuspiegeln. Jährlich sich wiederholende Veranstaltungen sind: der Internationale Tag, das gemeinsame Fastenbrechen oder auch die Weihnachtsfeier.

⁴ Über weitere Ergebnisse und hier nicht behandelten Dimension sind weitere Publikationen geplant.

Um ein Studium in Neubrandenburg zu beginnen, benötigen Bewerber*innen mit einem sogenannten Migrationshintergrund bzw. nichtdeutscher Bildungssozialisation mindestens B2-Kenntnisse in Deutsch mit dem Prädikat mindestens „gut“. Der entsprechende B2-Deutschkurs beginnt an der Hochschule Neubrandenburg alle sechs Monate neu und endet mit der Prüfung des Goethe-Instituts. Die Betreuung der Teilnehmenden übernimmt das IO. Durch die Einschreibung in den Deutschkurs erhalten Geflüchtete den Zugang zur Gasthörerschaft in einem Fachbereich ihrer Wahl. In der Verbindung mit der Gasthörerschaft und dem Deutschkurs hat das International Office außerdem die Aufgabe, in Sachen Bachelor- und Masterstudiengängen zu beraten. Gerade die zusätzliche Möglichkeit der Gasthörerschaft während des Deutschkurses bietet eine weitere Möglichkeit der Studienorientierung. Dabei haben die Gasthörer*innen schon im Vornherein die Möglichkeit, ihre Fachsprache zu trainieren. Für den Kontakt in den jeweiligen Fachbereichen gibt es jeweils eine Ansprechperson.

Ein weiteres Angebot, das über das International Office koordiniert wird, ist das Buddy-Programm. Dieses ist für ausländische und geflüchtete Studierende ausgelegt und soll den neuen Studierenden eine Möglichkeit geben mit Hilfe des Buddys (Studierende der Hochschule Neubrandenburg) (bspw. bürokratische) Hemmschwellen zu überwinden. Ein Buddy soll aus dem gleichen Studiengang kommen, wie der*die Student*in und auch die soziale Einbindung erleichtern. Über das International Office werden zudem Veranstaltungen etabliert, bei denen Menschen mit und ohne aktiven Migrationsbiografie zur gemeinsamen Freizeitgestaltung zusammenkommen.

Eine weitere wichtige Struktur ist das psychosoziale Beratungsangebot an der Hochschule Neubrandenburg, in dem (existenzielle) Ängste verbalisiert, aufgefangen und Krisen und Sorgen besprochen werden können.

Eine zentrale Unterstützungsstruktur außerhalb der Hochschule bietet das Café International.⁵ Dieses befindet sich in der Innenstadt (in ca. 10-15 Gehminuten von der Hochschule entfernt) und erleichtert den Zugang zur restlichen Neubrandenburger Gesellschaft. Zwischen dem Café International und dem International Office der Hochschule bestehen lose Kooperationsstrukturen, etwa, indem eine Zusammenarbeit im Einzelfall stattfindet. Das EDU Café, welches in der Vergangenheit durch Studierende und Dozierende des Fachbereichs Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung in den Räumlichkeiten der Hochschule

⁵ Träger des Café International sind: Diakonie Stargard GmbH, Evangelische Kirchengemeinden der Kirchenregion Neubrandenburg, Sponsoren sind: Landesamt für Gesundheit und Soziales MV, Stadt Neubrandenburg – Partnerschaft für Demokratie, Nordkirche – Kirchenkreis Mecklenburg, Deutsche Fernsehlotterie, Kirchengemeinde St. Michael, Kirchengemeinde St. Johannis, Ev. Friedensgemeinde Neubrandenburg.

Neubrandenburg als Beratungsangebot implementiert war, ging in Zusammenarbeit mit dem Café International in dieses über.

Lebenslagen im Studium

»Und zum Beispiel in den ersten zwei Semestern, da habe ich jeden Tag studiert und jede Nacht gearbeitet. Das war sehr schwer, sehr schwer, immer Stress.« (Ef, Z. 361-363, G1)⁶

Der Studienalltag geflüchteter und ausländischer Studierenden an der Hochschule Neubrandenburg lässt sich zentral durch prekäre Lebenslagen charakterisieren. Im Folgenden werden die Befunde, die im Zusammenhang mit den Lebenslagen der Studierenden stehen, näher dargestellt. Primär stehen dabei die Erkenntnisse der Gruppendiskussionen im Fokus, die durch die Perspektive der Expert*innen ergänzt werden.⁷

Der Aufenthaltsstatus der teilnehmenden Studierenden war zwar Gegenstand der Gruppendiskussionen, konnte jedoch nicht von allen Teilnehmenden sicher rekonstruiert werden. Im Forschungsprozess bildete die Gruppenkonstruktion nach Aufenthaltsstatus eine Herausforderung, die auch die Berichterstattung begleitete. Die Zuordnung der Forschungsteilnehmenden zu den zwei Untersuchungsgruppen fand anhand der persönlichen Vorstellung statt und folgt nicht immer der offiziellen Beurteilung des Auswärtigen Amtes hinsichtlich der Sicherheitslage in den Herkunftsländern. Da sich Lebenslagen von geflüchteten und ausländischen Studierenden in den Gruppendiskussionen als vergleichbar erwiesen, wurde der Konstruktionsprozess im Verlauf von den teilnehmenden Studierenden mit Fluchtbiografie hinterfragt. Daraufhin wurde die Untersuchungsgruppe um die ausländischen Studierenden mit einem Studierendervisum aus bestimmten Ländern (z. B. Jemen) erweitert.

Innerhalb der Gruppendiskussionen wurden Diskrepanzen zwischen unterschiedlichen Aufenthaltsstatus deutlich. Ein Versuch der Differenzierung bildet die im Folgenden

⁶ Bei sämtlichen Zitaten in diesem Bericht wurden zur Gewährleistung der Anonymität der Teilnehmenden Färbungen des Akzentes ins Hochdeutsche gebracht und zur verbesserten Lesbarkeit Verzögerungsworte (äh, hm, ähm), Versprecher sowie Zeitmarker gelöscht.

Die angegebenen Verweise zu den Zitaten ergeben sich wie folgt: Der erste Buchstabe verweist auf die Reihenfolge der Sprecher*innen innerhalb der Gruppendiskussionen (A= erste*r Sprecher*in in der Gruppendiskussion, B= zweite*r Sprecher*in, usw.), der zweite Buchstabe steht für das vom Transkriptionsbüro zugeordnete Geschlecht der Sprecher*innen (f= weiblich; m= männlich), darauf folgt der Zeilenverweis und der Hinweis auf die Gruppendiskussion (G1= Gruppendiskussion 1; G2=Gruppendiskussion 2).

⁷ Aus Platzgründen können die hier zusammengefassten Befunde nicht mit Zitaten belegt werden. Die Befunde der einzelnen Abschnitte werden anhand von aussagekräftigen Zitaten exemplarisch nachvollziehbar gemacht.

vorgenommene Aufteilung in ausländische Studierende und Geflüchtete mit bzw. ohne Fluchtstatus.⁸

Aufenthaltsstatus

»Weil im Prinzip kämpfen wir noch mit dem Aufenthalt und deswegen sind für uns kulturelle Angebote nicht so wichtig. Es gibt andere Sachen, die wichtiger sind.« (Df, Z. 578-580, G2)

Die Angst vor einer Abschiebung prägt den Alltag geflüchteter Studierenden ohne einen sicheren Aufenthaltsstatus und stellt eine omnipräsente emotionale Belastungssituation dar. So hoben einige Studierende mit Fluchterfahrung in den Gruppendiskussionen hervor, dass für sie und ihre Familien eine dauerhafte Sicherheit hinsichtlich des Aufenthaltsstatus zu den größten Prioritäten der Lebensführung zählt. Die Sorge um den Aufenthalt charakterisiert den Alltag. So sind die Studierenden bemüht, finanziell unabhängig zu sein und sich schnell zu integrieren, um das Aufenthaltsverfahren positiv zu beeinflussen.

Für ausländische Studierende ist der Aufenthalt in Deutschland an das (erfolgreiche) Studium gebunden. Einige Studierende hoben hier hervor, dass ein Auslandsstudium für sie ebenfalls als Form der Flucht genutzt wurde und sie mit der Angst leben, nach dem Studium Deutschland verlassen und wieder in das HkL zurückreisen zu müssen.

Wahl des Lebensortes und Neubrandenburg als Lebensort

»Ich bin hier wegen meinem Status. Die Regierung hat entschieden, wo ich wohnen muss.« (Ef, Z.107-108, G2)

»Das Ankommen in Neubrandenburg bedeutet für mich eine Chance zu haben; eine Chance, mein Studium anzufangen.« (Bm, Z.88-90, G2)

Neubrandenburg wird mehrheitlich als ein lebenswerter Ort beschrieben, wenngleich die Wahl der Stadt als Lebensmittelpunkt keine freie Entscheidung bildet. Während Personen mit Fluchtgeschichte die Wahl einer Stadt von vornherein nicht gegeben war, präferieren ausländische Studierende die Stadt Neubrandenburg als Hochschulstandort aufgrund von geringen Studien- und Lebenshaltungskosten. Die empfundene Lebensqualität wurde nach einer anfänglichen Unzufriedenheit aufgrund geringer Kontakt- und Freizeitmöglichkeiten mit

⁸ Einen konstruktiven Umgang mit diesen Diskrepanzen zu finden erwies sich für die Forscherinnen als eine forschungsethische Herausforderung.

den kurzen Wegen in der Stadt, dem niederschweligen Hochschulzugang und der damit verbundenen Anschlussperspektive bzw. beruflicher Neuorientierung begründet.

Erwartungen an die Studienaufnahme und Studienwahl

»Also ich könnte jetzt hier den Master studieren. [Eine Mitarbeiterin der Hochschule] hat mir das schon angeboten. [...] ich dachte nur, also damals dachte ich, Soziale Arbeit zu studieren war zufälligerweise, aber jetzt verstehe ich, dass es eine ganz wichtige Entscheidung für mich war. Einfach noch die Gesetze und solche Bereiche, für unser persönliches Leben [...].« (Df, Z. 478-485, G1)

Bestehende Studienabschlüsse aus den Herkunftsländern werden auf dem deutschen Arbeitsmarkt häufig nicht anerkannt. An die Aufnahme eines Studiums an der Hochschule Neubrandenburg wird die Erwartung geknüpft, mit dem perspektivisch zu erwerbenden Abschluss auch eine gute Arbeit, d.h. eine wunschgemäße und die Lebensgrundlagen sichernde Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt in Deutschland (oder bei einigen Personen in einem der westlichen EU-Ländern) zu finden. Die Erwerbsperspektive wird sowohl aus Sicht der Studierenden mit Fluchtbiografie als auch aus Sicht der Professionellen als wichtiger Schritt der »Integration« gedeutet (der Begriff Integration wurde von allen Gruppen mehrfach gewählt).

Was die formalen Zugangsvoraussetzungen betrifft, berichtet ein Experte darüber, noch keinen Fall erlebt zu haben, in dem Zeugnisse oder Bildungsnachweise fehlten. Gleichwohl wird die Zeugnisanerkennung im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums oder der Kultusministerkonferenz verortet. Die Gründe für die Studienwahl nach einer Fluchterfahrung sind divers, die Weiterführung eines im HkL begonnen Studiums ist nicht immer möglich. Gerade vor dem Hintergrund der Fluchterfahrung wird im FB SBE exemplarisch ein BA-Studium Sozialen Arbeit oder ein MA-Studium Beratung für die neue Lebenslage als hilfreich empfunden und als sinnstiftende Neuorientierung biografisch begründet.

Bei einer Weiterführung des Studiums beginnen einige Studierende in einem niedrigeren Fachsemester. Darüber hinaus gibt es Geflüchtete, die sich erstmals in Deutschland für ein Studium entscheiden. Ausländische Studierende treffen die Entscheidung zur Studienwahl im HkL.

Zugang zur Hochschule

»Wir haben keinen Aufenthaltsstatus hier. Wir haben deswegen keine Möglichkeit, einen Sprachkurs zu machen, oder wir sollen das selbst bezahlen. Und wir haben das einfach zuhause gelernt, wir haben das bestanden, wir studieren, also wir haben keine Unterstützung vom Staat, keine Unterstützung für unsere Kinder, also alles nur Probleme, ich habe ganz viele. Und trotzdem konnte ich Deutsch lernen.« (Df, Z.1079-1087, G1)

»Viele, viele, viele Ausländer möchten studieren, aber sie haben keine Chance, weil sie kein BAföG kriegen.« (If, z. 358-359, G1)

Um an der Hochschule Neubrandenburg zu studieren, müssen die Studierenden mit Fluchterfahrung und ausländische Studierende ein B2-Sprachniveau im Deutschen nachweisen. Menschen mit Fluchtstatus nehmen aus diesem Grund vor Studienbeginn häufig am B2-Sprachkurs der Hochschule und mitunter auch an einer Gasthörerschaft teil. Geflüchtete mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus haben beim Zugang zum Sprachkurs der Hochschule einen Vorrang vor ausländischen Studierenden oder Menschen mit aktiver Migrations- oder Fluchterfahrung ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Die Nachfrage nach dem B2-Sprachkurs ist häufig größer als das Angebot der zur Verfügung stehenden Plätze. Zudem sind Sprachkurse für Menschen ohne Fluchtstatus i.d.R. kostenpflichtig. Für viele interessierte Studierende ohne Fluchtstatus bildet dies eine zentrale Hürde im Vorfeld der Studienaufnahme.

Um die Kosten, die während des Studiums anfallen, tragen zu können, sind die potenziellen Studierenden auf eine finanzielle Unterstützung angewiesen. Ein fehlender BAföG-Anspruch verhindert für viele an einem Studium Interessierte eine Studienaufnahme (s. Finanzierungssorgen).

Während ausländische Studierende den Zugang zur Hochschule im HkL herstellen, nehmen Geflüchtete in Deutschland erstmals Kontakt mit der Hochschule auf. Ein zentraler Kontakt bildet für ausländische Studierende und Geflüchtete i.d.R. das IO.

Studienalltag

»Wir wissen nicht wann oder wie wir das machen müssen oder überhaupt, welche Prüfungsleistung, also das ist ganz unklar, also diese Strukturen zu verstehen ist ein bisschen so, so wie wenn du fragst, ist irgendwie sehr schwer. [...] Also ich finde, das könnte man ein bisschen einfacher erzählen.« (Df, Z. 217-222, G1)

»Und auch studieren ist deswegen ein bisschen schwieriger, weil ich arbeiten muss, Kinder habe; das macht es also noch schwieriger. Aber im Prinzip hat die Hochschule so viele gute Angebote für Freizeit, für Freundschaft, weiß ich nicht, also Hilfe und Unterstützung beim Studium.« (Df Z. 825-836, G1)

Sowohl ausländische als auch geflüchtete Studierende beschreiben eine starke Orientierungslosigkeit und Überforderung im Studium. Nachdem die Unterstützungsstrukturen den Zugang zum Studium erleichtern und auch das vorausgesetzte B2 Sprachniveau von den Studierenden (im Vergleich zum C1 Sprachniveau) verlässlich und in der Regel erreicht wird, machen die Studierenden die Erfahrung, dass die Unterstützung und das Aufzeigen von Strukturen im Studium abbricht. Die beschriebene Orientierungslosigkeit ergibt sich aus dem fehlenden Wissen über Ansprechpersonen, Unterstützungsangebote, Prüfungsleistungen/ -bedingungen und studiengangsbezogene Abläufe (z.B. Einschreibemodalitäten in Kurse, Vorbereitung auf/Ablauf von Prüfungsleistungen, Praktikumsorganisation). Bestehende Unterstützungsangebote und -strukturen sind für die Studierenden im Studium häufig intransparent. Auffällig waren die unterschiedlichen Wissensbestände der Teilnehmenden der Gruppendiskussion über diese.

Im Rahmen des Studiums haben Studierende aufgrund der Sprachbarriere zudem häufig Schwierigkeiten, Themen in Vorlesungen und Seminaren folgen zu können. Auch Prüfungsleistungen stellen durch Sprachprobleme eine erhöhte Herausforderung dar.

Darüber hinaus zeichnen sich die Lebenslagen der Studierenden durch eine starke Mehrfachbelastung aus. Neben den allgemeinen Anforderungen im Studium stehen hier der Spracherwerb, die Finanzierung des Lebensunterhalts sowie bei Geflüchteten häufig zusätzlich die Versorgung der Familie im HkL und psychische Belastungen. Orientierungslosigkeit wird als Überforderung empfunden und erschwert die Bewältigung der Mehrfachbelastungen hinsichtlich Organisation des Studiums.

»Df: Das ist noch schwieriger, also wir sind aus [...] deswegen haben wir keine Anerkennung hier als Flüchtlinge. Also wir haben diese [Flucht-]Geschichte, wir müssen auch für unseren Aufenthalt hier kämpfen, ich habe zwei kleine Kinder, wir haben Familie, wir sollen alles machen, wir sind raus aus dem ganzen Sozialsystem: Also keine Kindergeld, also nichts, und ich soll dazu noch arbeiten, wie alle wahrscheinlich, aber noch mit dieser Geschichte und noch mit der Sprache.

Ef: Ja, mit dem Studium.

Df: Also immer ganz viel.« (Z. 284-292, G1)

Insbesondere die bestehende Beratungsstruktur über das International Office der Hochschule Neubrandenburg zur Unterstützung von Studierenden mit Fluchtbiografie sowie ausländischen Studierenden wird von den Teilnehmenden insgesamt als förderlich und unterstützend bewertet. Vor allem die Beratungsstrukturen der psychologischen Beratung gelten als gewinnbringend. Darüber hinaus sind den Studierenden kulturelle Angebote sowie Angebote zur Freizeitgestaltung bekannt, diese werden jedoch nicht von allen Teilnehmenden in Anspruch genommen.

Gleichzeitig wurden Bedarfe an Angeboten hervorgehoben, wie etwa:

- die Einführung eines C1-Sprachkurses für alle Studierende
- eine Gasthörerschaft als Vorbereitung für das Studium als Voraussetzung für angehende Studierende mit Flucht-/ Migrationsbiografie
- eine Studiengruppe für ausländische Studierende
- die Schulung des interkulturellen Verständnisses von Dozierenden (auch/besonders für die spezifische Situation von Studierenden, die Flucht erlebt haben)
- das Bereitstellen von gezielten Unterstützungsangeboten zum Nachvollziehen der Hochschulstrukturen
- die Unterstützung bei der Vermittlung in Praktika und Arbeit

Sprachbarriere

»Also für die Integration ist der erste Schritt die Sprache. Sprache ist wie ein Schlüssel.«
(Im, Z.915-916, G2)

Während Geflüchtete die deutsche Sprache i.d.R. neu erlernen müssen und für den Zugang zum Studium häufig an dem B2-Sprachkurs der Hochschule teilnehmen, hatten ausländische Studierende zum Teil schon im HKL Sprachkurse. Der Sprachstand zum Aufnahmezeitpunkt des Studiums ermöglicht es den Studierenden jedoch häufig nicht, den Anforderungen der einzelnen Module und Lehrveranstaltungen vollständig zu folgen und bürokratische Hürden überwinden zu können. Der Befund wird von vielen bekräftigt, in Vorlesungen und bei Prüfungsleistungen würde auf die Bedarfe der geflüchteten und ausländischen Studierenden nicht ausreichend Rücksicht genommen.

Soziale Isolation

»Also ich gehe zum Beispiel nie zum AStA oder sowas. Die organisieren irgendwelche Veranstaltungen. Also ich weiß nicht genau, was sie machen, denn ich habe einfach nie Zeit, um zu diesen Veranstaltungen gehen und da teilzunehmen.« (Df, Z.560-563 –G1)

Sowohl Studierende mit Fluchterfahrung als auch ausländische Studierende beschreiben überwiegend eine starke soziale Isolation. Diese begründen sie mit der Mehrfachbelastung und damit einhergehenden, fehlenden zeitlichen Ressourcen, um an Veranstaltungen wie jenen des International Office oder studentischen Gremien wie Mensapartys, teilzunehmen. Häufig besteht kein Kontakt zu anderen Studierenden und anderen Bürger*innen aus Neubrandenburg. Insbesondere Frauen, die eine Familie haben, beschreiben Schwierigkeiten, Kontakte außerhalb des familiären Umfelds aufzubauen. Einige Studierende sind mit anderen Studierenden mit Flucht- oder Migrationserfahrung und ausländischen Studierenden gut vernetzt. Die wenigstens pflegen freundschaftliche Kontakte zu Studierenden der Mehrheitsgesellschaft (MHG). Die Ursache dafür wird in einem geringen interkulturellen Verständnis von Studierenden der MHG, einem fehlenden Bewusstsein für Lebenslagen nach der Flucht sowie Berührungängsten und Missverständnissen gesehen.

Finanzierungssorgen

»Hier als ausländische Studenten, mit unserem deutschen Sprachniveau können wir nicht auf diesen Mecklenburger oder Neubrandenburger Arbeitsmarkt. Also wir müssen uns irgendwie finanzieren, denn wir bekommen keine Bafög. Und in dieser kleinen Stadt gibt nicht so viel Arbeitsplätze für alle Studenten.« (Bm, Z.295-299, G2)

Finanzierungssorgen prägen die Lebenslagen von geflüchteten und ausländischen Studierenden. Geflüchtete Studierende, die einen entsprechenden Status haben, können einen Antrag auf BAföG stellen. Ein individueller Anspruch besteht jedoch nur, insofern die Person nicht im HkL bereits ein Studium abgeschlossen oder das 30. (BA-Studium) bzw. das 35. Lebensjahr (MA-Studium) vollendet hat. Die bestehenden Zugangsvoraussetzungen führen zum Ausschluss derjenigen geflüchteten Studierenden, die bereits im HkL ein Studium abgeschlossen haben und nun erneut ein Studium beginnen, um die Fachsprache im Deutschen in ihrem professionellen Feld zu vertiefen und sich durch den deutschen Abschluss einen wunschgemäßen Arbeitsmarktzugang zu erarbeiten. Für ausländische Studierende und geflüchtete Studierende ohne sicheren Aufenthaltsstatus ist der Bezug von BAföG grundsätzlich ausgeschlossen. Daraus ergibt sich eine schwierige finanzielle Lage.

Zur Überwindung besonderer finanzieller Notlagen unterstützt das International Office die Studierenden durch die Recherche von und Vermittlung in Finanzierungsprogramme, die ausdrücklich geflüchteten Studierenden vorbehalten sind und bewirbt Stipendienformen, die auch besondere Lebenslagen berücksichtigen, wie z.B. das Deutschlandstipendium. In der Gruppendiskussion hoben die Studierenden jedoch hervor, von Stipendien strukturell ausgeschlossen zu sein.

Um sich das Studium zu finanzieren, arbeiten die geflüchteten und ausländische Studierende parallel, wobei das Einkommen häufig nicht reicht, um den Lebensunterhalt ausreichend zu bestreiten. Zusätzlich unterstützen geflüchtete, aber z.T. auch ausländische Studierende ihre Familie im HkL oft finanziell. Der fehlende und mehrheitlich als hochschwellige gedeuteter Zugang zu ökonomischen Ressourcen zwingt Studierende immer wieder zur Exmatrikulation. Die Exmatrikulationen werden nicht systematisch erfasst, den Einzelfällen wird nicht nachgegangen.

Wohnsituation

»Ja, das Problem sind nicht die Unigebühren, sondern unsere Mieten.« (If, Z.347-348, G1)

Die Wohnsituation stellt in Neubrandenburg im Vergleich zu anderen Studienstandorten aufgrund der geringen Mietkosten eine Besonderheit dar und ist für die Studierenden häufig ein Grund, die Hochschule Neubrandenburg als Studienort zu wählen. Die ausländischen und geflüchteten Studierenden wohnen i.d.R. im Studierendenwohnheim, in WGs oder in Mietwohnungen. Trotz der geringen Mietkosten reicht das Einkommen der Studierenden häufig nicht aus, um die monatlichen Mietkosten in ausreichender Höhe zu decken.

Weitere emotionale Belastung

»Die Sache liegt immer in uns. Wir haben Angst, dass jemand uns nicht versteht oder jemand uns ablehnt. Das ist wahrscheinlich aus unserer Flucht einfach. Wir sollen das irgendwie bekämpfen, aber dafür brauchen wir wahrscheinlich einfach Unterstützung.« (Df, Z 796-805, G1)

Viele geflüchtete Studierende haben neben den Belastungen, die mit dem Studium oder dem unsicheren Aufenthaltsstatus einhergehen, traumatische Erfahrungen vor und durch die Flucht gemacht. Diese wirken sich auf den Alltag und zwischenmenschliche Kontakte aus und können in psychischen Krisen münden. Die Befunde deuten darauf hin, dass die Gefahr für psychische

Krisensituationen insbesondere in den Semesterferien, in denen Belastungen durch das Studium sinken und keine Beratungen angeboten werden, als erhöht eingestuft wird. Zudem würden kulturelle Unterschiede, familiäre Erwartungen und Belastungen sowie Zugehörigkeitskonflikte zu Mehrfachbelastungen führen und eine ressourcenorientierte und selbstbestimmte Alltagsführung erschweren.

Rassismuserfahrung und Integrationsanforderung

»Um sich zu integrieren gibt es viele Hürden, die man überspringen muss. Die erste Hürde ist die Sprache. Es ist sehr schwierig und es gibt immer Missverständnisse wegen der Sprache, zwischen Migranten/ Flüchtlingen/ denen mit einem ausländischen Hintergrund und den Deutschen.« (Im, Z. 920-923, G1)

Aus vertraulichen Einzelgesprächen mit Studierenden mit Fluchtbiografie im Kontext des Forschungsprojekts wurde deutlich, dass Rassismuserfahrungen für geflüchtete und ausländische Studierenden in Neubrandenburg omnipräsent sind. Insbesondere äußere Merkmale (z.B. die Hautfarbe) und die Sprachbarriere bzw. das Vorhandensein eines Akzents sind im Alltag für rassistische Konfrontationen ausschlaggebend, welche aus Studierendensicht als unausweichlich erscheinen.

Rassismuserfahrungen wurden in den Gruppendiskussionen eher indirekt angesprochen. Sie werden auf bestehende Vorurteile und Missverständnisse aufgrund kultureller Unterschiede zurückgeführt sowie mit geringen Berührungspunkten von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie und Mitgliedern der MHG erklärt. Die Kontaktaufnahme zu dieser und das Auflösen von Vorurteilen werden in der Verantwortung der geflüchteten bzw. ausländischen Studierenden gesehen. In diesem Zusammenhang steht die von den Teilnehmenden der Gruppendiskussionen internalisierte Rollenerwartung, sich durch den Spracherwerb, gesellschaftliches Engagement sowie die Adaption der Norm- und Wertevorstellungen der MHG anzupassen. Bemerkenswert ist das Fehlen der Thematisierung von migrationsgesellschaftlichen Lebensentwürfen als Normalität: Eine mit den Angehörigen der MHG gemeinsame Aushandlung migrationsgesellschaftlicher Lebenswirklichkeiten oder Handlungsmöglichkeiten ist nicht Teil des Erfahrungshorizonts der Forschungssubjekte in Neubrandenburg.

Lebenslagen der Studierenden - tabellarische Übersicht

	Geflüchtete mit anerkanntem ›Flüchtlingsstatus‹	Geflüchtete ohne anerkannten ›Flüchtlingsstatus‹	Ausländische Studierende	Bestehende Unterstützungsstrukturen an der HS NB
Aufenthaltsstatus	Angst vor Abschiebung	Angst vor Abschiebung	Status ist an ein erfolgreiches Studium gebunden	soziale Beratung
Wahl des Lebensortes	Lebensort nicht frei gewählt, Zuordnung des Aufenthaltsortes durch das BAMF	Keine Aussagen	Wahl aufgrund geringer Lebens- und Studienkosten	Bei ausländischen Studierenden: Kontaktaufnahme mit dem IO der HS NB aus dem HkL
Studienwahl	Sowohl Weiterführung eines Studiums sowie Studiengangwechsel oder die Neuaufnahme eines Studiums	Sowohl Weiterführung eines Studiums sowie Studiengangwechsel oder die Neuaufnahme eines Studiums	Weiterführung des Studiums aus dem HkL	allgemeine Studienberatung; IO, Gasthörerschaft,
Erwartungen an die Studienaufnahme	Qualifizierung für den Arbeitsmarkt	Qualifizierung für den Arbeitsmarkt	Weiterführung des Studiums aus dem HkL	
Zugang zur Hochschule	Über Unterstützungsstrukturen der Hochschule; durch Finanzierungsprobleme erschwert	Über Unterstützungsstrukturen der Hochschule; durch Finanzierungsprobleme erschwert	Bereits im HkL; durch Finanzierungsprobleme erschwert	allgemeine Studienberatung; IO, Gasthörerschaft, B2-Sprachkurs
Studienalltag	Orientierungslosigkeit und Überforderung	Orientierungslosigkeit und Überforderung	Orientierungslosigkeit und Überforderung	Angebote des IO, Beratungsangebote; Veranstaltungen über Gremien (AstA, Fachschaft, etc.).
Sprachbarriere	Sprache muss neu erlernt werden	Sprache muss neu erlernt werden	Sprachniveau umfasst nicht die Fachsprache	B2-Sprachkurs, Gasthörerschaft
soziale Isolation	häufig kein Kontakt zu anderen Studierenden/ zur MHG und keine zeitlichen Ressourcen, um an Angeboten teilzunehmen	häufig kein Kontakt zu anderen Studierenden/ zur MHG und keine zeitlichen Ressourcen, um an Angeboten teilzunehmen	häufig kein Kontakt zu anderen Studierenden/ zur MHG und keine zeitlichen Ressourcen, um an Angeboten teilzunehmen	Angebote des IO; Veranstaltungen über studentische Gremien (AstA, Fachschaft u.a.); Edu-Café; in Kooperation mit: Café International
Finanzierungssoforten	Voraussetzung für BAföG oft nicht erfüllt; keine weitere finanzielle Unterstützung; häufig zusätzlich finanzielle Unterstützung der Familie im HkL durch die Studierenden	kein Anspruch auf BAföG, keine weitere finanzielle Unterstützung; häufig zusätzlich finanzielle Unterstützung der Familie im HkL durch die Studierenden	kein Anspruch auf BAföG, keine weitere finanzielle Unterstützung; häufig zusätzlich finanzielle Unterstützung der Familie im HkL durch die Studierenden	Stipendien für ausländische und geflüchtete Studierende, die im Einzelfall vergeben werden können
Wohnsituation	geringe Lebenshaltungskosten; in Studierendenwohnheim, WG oder eigener Mietwohnung	geringe Lebenshaltungskosten; in Studierendenwohnheim, WG oder eigener Mietwohnung	geringe Lebenshaltungskosten; in Studierendenwohnheim, WG oder eigener Mietwohnung	

weitere emotionale Belastung	Traumatische Erfahrungen durch Flucht; Angst um Familienangehörige im HKL; Spannungen und Loyalitätskonflikten	Traumatische Erfahrungen durch Flucht; Angst um Familienangehörige im HKL; Spannungen und Loyalitätskonflikten	Wenn das Auslandsstudium als Fluchtmöglichkeit gedeutet, entsprechen die Belastungen denen geflüchteter Studierender	Psychologische und soziale Beratung
Rassismuserfahrung	Insbesondere in Kontakten außerhalb der Hochschule; durch Vorurteile omnipräsent	Insbesondere in Kontakten außerhalb der Hochschule; durch Vorurteile omnipräsent	Insbesondere in Kontakten außerhalb der Hochschule; durch Vorurteile omnipräsent	In NB gibt es keine psychosoziale Beratungsstelle ⁹ ; Präsenz von LOBBI e. V.

Schlussfolgerungen

Anhand der zentralen Forschungsbefunde konnten spezifische Bedarfe der Studierenden mit Fluchterfahrung deutlich gemacht werden. Die Bedarfe werden im Folgenden in Cluster gegliedert, wobei Überlappungen zwischen den Bedarfsbereichen immer wieder gegeben bzw. möglich sind. Aus den zu Clustern zugeordneten Bedarfen werden Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Bedarf im Bereich Studium

- Studierende brauchen verlässliche und schriftlich abgesicherte Regelungen bzgl. einer offiziellen Nachteilsausgleich-Regelung zu Anfang bzw. während des Studiums;
- Der Zugang zu hochschulexternen Deutschkursen ist für ausländische Studierende mit und ohne Fluchtbiografie hürdenreich, die Kurse werden als nicht finanzierbar beschrieben. Der Bedarf an mehr Teilnahmemöglichkeiten an C1 Deutschkursen wird als groß eingeschätzt;
- Alle an am Forschungsprojekt teilgenommenen Personen äußern finanzielle Probleme, die sich benachteiligend auf den Verlauf des Studiums auswirken. Der Bedarf an verlässlichen Erwerbsperspektiven vor Ort und stabilen und kalkulierbaren Kosten für das gesamte Studium wird als groß eingeschätzt.

Raumbedarf in Verknüpfung mit Beratungs- und Betreuungsbedarf

⁹ Ein Beratungsangebot mit 10 St./Woche existiert im Rahmen des BMBF-geförderten Teilprojekts »Psychosoziale & Bildungsberatung für geflüchtete Menschen« unter der Leitung von Prof. Dr. Barbara Bräutigam und Prof. Dr. Vera Sparschuh (Laufzeit 01.01.2018 - 31.12.2022). Das Projekt ist Teil des Gesamtprojektes Innovative Hochschule.

- Eine Unterstützung von Studierenden wie von Dozent*innen wird generell empfohlen, um Verständigungsschwierigkeiten und Sprachbarrieren überwinden zu können;
- Das Büro Maktab existierte in Kooperation mit dem International Office im Zeitraum von 2016 bis 2017 im Hauptgebäude der Hochschule. Zwei studentische Hilfskräfte haben ein bis mehrere Semester lang Erstberatung für geflüchtete Personen angeboten. Das Büro war drei Mal pro Woche für mehrere Stunden nach festem Plan und nach Bedarf geöffnet. Das Angebot ist sehr gut angenommen worden und entlastete sowohl die räumlichen als auch die personellen Ressourcen des IO. Aufgrund von Bauarbeiten ist das Büro geschlossen worden. Sowohl der Raum als Treffpunkt, als auch die Beratung werden seitens der Befragten, die das Büro kannten, als (stark) vermisstes Angebot gedeutet.

In den beschriebenen Bedarfen sind folgende Handlungsempfehlungen begründet:

- Formulierung von klaren Regelungen in allen Modulen und bzgl. aller Prüfungsleistungen aller Studiengänge in Bezug auf Nachteilsausgleich;
- Studierende brauchen einen festen Raum mit regelmäßigen Öffnungszeiten und stabilen Ansprechpartner*innen als (Peer-)Berater*innen für alle Studien- und privaten Angelegenheiten.
- Studierende brauchen Unterstützung beim Zugang zu lokalem Arbeitsmarkt. Sie brauchen verlässliche Angebote und Unterstützungsstrukturen, um eine Vereinbarkeit von Studium, Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben leben zu können.

Personalressourcen und Ansprechpartner*innen

- Um Beratungsformate etablieren und verstätigen zu können, braucht es einerseits kleinere Gruppenkonstellationen in verschiedenen Lehrformaten und einen engen Austausch zwischen Studierenden mit Fluchterfahrung und Dozierenden; andererseits sind Weiterbildungsangebote für Lehrende vonnöten, um Bedarfe von Studierenden erkennen, klar benennen und Unterstützung für geflüchtete/ausländische Studierende anbieten zu können;
- Jenseits der o.g. Beratungsleistung sind Studierende mit Fluchterfahrung insbesondere auch in den vorlesungsfreien Zeiten vermehrt unter sich, da hier unterstützende Strukturen (informelle Beratung, Begegnungsmöglichkeiten, studentische

Freizeitprogramme und Abendangebote u. ä.) wegfallen. In diesen Phasen ist die psychosoziale Stabilität der Studierenden stärker gefährdet als während der regulären Vorlesungszeiten. In dieser Zeit schließt auch die psychosoziale Beratungsstelle an der Hochschule. Hier sind verstärkt Personalressourcen vonnöten;

- Die Begleitung der Fächerwahl findet aktuell über das Personal des International Office statt. Das International Office braucht personelle Verstärkung, um alle Personen als Interessent*innen an einem Studium zeitnah berücksichtigen zu können;
- Um Projekte initiieren und durchführen zu können, bedarf es mehr Ressourcen wie Geld für Projekte und Personal jenseits von SHKs, die als verlässliche Ansprechpartner*innen von ausländischen Studierenden fungieren.¹⁰

Organisatorisches, Strukturen, Abläufe

- Bestehende Angebote sollen weitergeführt und für alle Studierende geöffnet werden, damit Studierende mit und ohne Fluchterfahrung im Rahmen von verschiedenen Formaten in Kontakt und ins Gespräch miteinander kommen können und eine soziale Integration im Verlauf des gesamten Hochschulseesters/-jahres bzw. des Studiums erfolgen kann;
- Diskussionsrunden, Gesprächskreise u. ä. sind gewünscht, um einerseits das Fachvokabular zu vertiefen und andererseits mehr soziale Kontakte knüpfen zu können;
- Informationen und subjektorientierte Zugänge zur Lebenslage Studium nach einer Fluchterfahrung sollten systematisch in den Studierendenalltag integriert werden, um Studierende wie Lehrende auf diese Lebenslage aufmerksam zu machen und differenzsensibel agieren zu können. Es wird vorgeschlagen, im Rahmen von »Weltoffene[r] Hochschule« über die Lebenslage zu informieren. Neue Formate von Aufklärung und Sensibilisierung der Hochschulangehörigen sind notwendig;
- Sprachkurse, um das C1-Sprachniveau zu erreichen, sind gewünscht, nicht nur für Geflüchtete, sondern generell für alle ausländische Studierende;
- Eine Vermittlung in Praktika und Beruf wird gewünscht;

¹⁰ 2020 werden vom DAAD 162 Projekte im Rahmen des Förderprogrammes »Welcome – Studierende engagieren sich für Flüchtlinge« gefördert (DAAD 2020: o. S.). Die Begutachtung der im Januar 2020 eingereichten Bewerbung der Hochschule Neubrandenburg steht noch aus, eine Teilnahme am Welcome-Programm wird seitens des IO und des Fachbereichs SBE beabsichtigt (April 2020).

- Der Wunsch nach mehr Mobilität in der Stadt und der Region ist präsent. Ein erleichterter Zugang zu einem Semesterticket wird gewünscht.
- Exmatrikulationen werden nicht systematisch erfasst und den Einzelfällen wird nicht nachgegangen. Das bedeutet auch, dass nicht nachvollziehbar ist, ob Studierende aufgrund einer Abschiebung exmatrikuliert sind. Eine Information der Hochschule über eine Abschiebung durch das zuständige Amt bleibt aus. Damit eine Kontaktaufnahme zu abgeschobenen (ehemaligen) Studierenden von Seiten der Hochschule möglich sein kann, wären transparente Informationen notwendig. Eine Kontaktaufnahme könnte die Option eröffnen, eine Anschlussperspektive mit den abgeschobenen Studierenden auszuloten. Zweifelsohne werden hier datenschutzrechtliche Fragen tangiert, die es zu prüfen und auszuhandeln gilt. Der bürokratische Akt der Zusendung der Exmatrikulationsbescheinigung könnte eine Grundlage für eine entsprechende Vereinbarung zum Informationsaustausch zwischen zuständigem Amt und der Hochschule sein.

Ausblick

Die Befunde der Untersuchung zeigen sich anschlussfähig, Potenziale und Grenzen einer postmigrantischen Perspektive (Canan/Foroutan 2016; Foroutan et al. 2015; Foroutan 2019; Hill/Yıldız 2018; Yıldız/Hill 2014) am ostdeutschen Hochschulstandort Neubrandenburg auszuloten. Auch dreißig Jahre nach der Transformation 1989/90 sind im deutschlandweiten Ost-West-Vergleich signifikante Unterschiede beim Umgang mit und bei der Deutung von Migration vorhanden (Ragnitz/Regnit 2019; Foroutan et al. 2019). So bleibt die Frage virulent, wie Menschen mit einem Migrationshintergrund resp. Fluchterfahrung an den neuen geografischen und sozialen Orten ihrer Lebenszusammenhänge ankommen (können) und wie ihre Teilhabe an Hochschulbildung durch gesellschaftliche Institutionen gedeutet resp. unterstützt sowie durch Strukturen und Maßnahmen gefördert, getragen werden kann. Auch gilt es im Sinne der eingangs eingenommenen Perspektive, den Blick auf Verhinderungsmomente und Strukturen der Ausgrenzung zu richten. Welchen Beitrag können Hochschulen und insbesondere Hochschulen in den sogenannten neuen Bundesländern bei der Umsetzung und Ermöglichung von Teilhaberechten von Studierenden mit einer Fluchtbiografie in naher Zukunft leisten?

Die postmigrantische Perspektive impliziert eine Anerkennung von Migration als Strukturmerkmal moderner Gesellschaften (Pries 2007; Treibel(-Illian) 2011). Angestrebt wird eine Berücksichtigung der unterschiedlich ausgestatteten Möglichkeitsräume von Individuen mit und ohne Migrationsbiografie nach rechtlichem Status, sozialer Lage, dominierenden Zuschreibungen sowie »entlang von biografischen Erfahrungen und Interpretationsressourcen« (Mecheril 2014: 12). In diesem Sinne wird »nicht nach integrativen Leistungen von (Post-)Migranten gefragt, es rücken vielmehr Prozesse der Entortung und Neuverortung, Mehrdeutigkeit und Grenzbiographien ins Blickfeld« (Yildiz 2014: 21), die auch die gängigen und weit verbreiteten Praktiken der Differenzherstellung kritisch und (selbst-)reflexiv hinterfragen. Postmigrantisch steht »nicht für einen Prozess der beendeten Migration, sondern für eine Analyseperspektive, die sich mit den Konflikten, Identitätsbildungsprozessen, sozialen und politischen Transformationen auseinandersetzt, die nach erfolgter Migration einsetzen. ›Postmigrantisch‹ richtet also den Blick auf die Gestaltung der Gesellschaft nach erfolgter Einwanderung.« (Foroutan et al. 2015: 15).

Postmigrantische Gesellschaften laden zu einer ständigen Neuvergewisserung hinsichtlich Zugehörigkeits- und Teilhabekonstruktionen ein. Eine aktiv an den Menschenrechten orientierte Gestaltung von gesellschaftlichen Prozessen und Strukturen bietet sich nicht nur für die Soziale Arbeit an (Eberlei/Neuhoff/Riekenbrauk 2018). Wie können Menschen motiviert, eingebunden, nach ihrer Ankunft empowert und beteiligt werden, die in soziale, kulturelle, strukturelle und emotionale Kämpfe um Anerkennung verwickelt sind, welche sich über den Begriff ›Migrationsgesellschaft‹ legitimieren (vgl. Foroutan et al. 2015: 17)?

Postmigrantische Dynamik heißt nicht, dass es automatisch für alle Mitglieder postmigrantischer Gesellschaften zu gleichen Rechten kommt (vgl. ebd.). Das verspätete politische Bekenntnis, Deutschland sei ein Einwanderungsland (Unabhängige Kommission »Zuwanderung« 2001: 1) impliziert allerdings, »dass politisch und gesellschaftlich der Kampf um diese Rechte und Ressourcen als demokratisch legitim anerkannt wird« (Canan/Foroutan 2016: 17). Im gesamten europäischen Raum werden Minderheitenrechte und -positionen zunehmend »offensiver ausgehandelt sowie Fragen nach nationaler Identität, nach Zugehörigkeiten, Privilegien und Repräsentationen neu gestellt. Dabei ist Migration nur eine Chiffre für die fundamentale Aushandlung von Rechten, von Anerkennung und Chancengleichheit, von Teilhabe und Zugehörigkeit in der Gesellschaft« (Foroutan et al. 2015: 17f.).

Alle deutschen Hochschulen stehen vor der Herausforderung, sich angesichts der migrationsgesellschaftlichen Realitäten immer wieder zu positionieren. An der Hochschule Neubrandenburg sind vielfältige Potenziale vorhanden, die relevanten öffentlichen Diskurse und institutionelle Praktiken aktiv mitzugestalten. Als Hochschule in der Region im Dialog mit lokalen und regionalen Akteur*innen der organisierten Zivilgesellschaft sind ihr vielfältige Möglichkeiten geboten, an der Ausgestaltung und kritischen Reflexion der postmigrantischen Anerkennungs-, Zugehörigkeits- und Verteilungskämpfe im Osten Deutschlands teilzunehmen. An erster Stelle sind weitere empirische Forschungsergebnisse vonnöten, den jeweils aktuellen Stand postmigrantischer Alltagsrealitäten in Wissenschaft und Praxis in regelmäßigen Abständen nachvollziehbar zu rekonstruieren.

Literaturverzeichnis

Adloff, F./Mau, S. (Hg.) (2003): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität. Frankfurt/M.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2016): 11. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Berlin.

Blumenthal, J. v./Beigang, S./Wegmann, K./Feneberg, V. (2017): Institutionelle Anpassungsfähigkeit von Hochschulen. Berlin.

Bohnsack, R. (2007): Dokumentarische Methode und praxeologische Wissenssoziologie. In: Schützeichel, R. (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz, S. 180–190.

Bohnsack, R. (2008): Rekonstruktive Sozialforschung – Einführung in qualitative Methoden. Opladen & Farmington Hills.

Borgwardt, A./ John-Ohnesorg, M./Zöllner, J. (2015): Hochschulzugang für Flüchtlinge – Aktuelle Regelungen in den Bundesländern. Ergebnisse einer Umfrage unter den für Hochschulen zuständigen Landesministerien. Berlin.

DGSA e. V. (Hrsg.) (2018): Für eine solidarische Gesellschaft und den Erhalt des Rechts auf Asyl. Positionspapier vom 27.06.2016. URL: https://www.dgsa.de/fileadmin/Dokumente/Aktuelles/Positionspapier_der_DGSA_zur_Asylpolitik_27.06.18.pdf; 11.10.2019.

Drewes, F. (2018): Der lange Weg ins Studium. Herausforderungen und Chancen studieninteressierter Geflüchteter. Ergebnisse aus Befragungen und Daten sowie Handlungsempfehlungen des Projekts »HAWK open«. In: Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/ Holzminden/Göttingen (Hrsg.): Soziale Arbeit und Gesundheit im Gespräch, Nr. 12. URL: www.hawk.de/hawk-open; 16.04.2020.

Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung (Hrsg.) (2019): Stellungnahme zur Abschiebung von zwei ukrainischen Studentinnen vom 19.05.2019. URL: <https://www.hs-nb.de/hochschule/aktuelles/nachrichten/detail/n/stellungnahme-zur-abschiebung-von-zwei-ukrainischen-studentinnen-48463/>; 15.04.2020.

Foroutan, N. (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld.

Foroutan, N./Canan, C./Schwarze, B./Beigang, S./Kalkum, D. (2015): Deutschland postmigrantisch II – Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität. Berlin.

Foroutan, N./Kalter, F./Canan, C./Simon, M. (2019): Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung. Unter Mitarbeit von Daniel Kubiak und Sabrina Zajak. Berlin.

Friese, H. (2017): Flüchtlinge. Opfer – Bedrohung – Helden. Zur politischen Imagination des Fremden. Bielefeld.

Fücks, R./Siller, P./Schulte-Basta, D. (2016): Vorwort und Einleitung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Grünbuch soziale Teilhabe in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. Berlin, S. 7-9.

Hill, M./Yıldız, E. (Hg.) (2018): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. Bielefeld: Transcript.

Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (Hrsg.) (2019): 7. HRK-Befragung der Hochschulen: Zahl der neu immatrikulierten Geflüchteten steigt weiter deutlich an. Pressekonferenz von 18. März 2019 (o. s.): URL: <https://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/7-hrk-befragung-der-hochschulen-zahl-der-neu-immatrikulierten-gefluechteten-steigt-weiter-deutlich/> (1.10.2019)

Joyce, A./Earnest, J./Mori, G. de/Silvagni, G. (2010): The Experiences of Students from Refugee Backgrounds at Universities in Australia. Reflections on the Social, Emotional and Practical Challenges. In: Journal of Refugee Studies 23 (1), S. 82–97.

Just, W.-D. (2016): „Menschenrechte auf Teilhabe – auch für Flüchtlinge“? Zur Bedeutung von Aktivität und sozialer Einbindung für das Menschsein. In: Migration und Soziale Arbeit Jg. 2016, Ausgabe 01, S. 86-92.

Karakaşoğlu, Y./Mecheril, P. (Leitung des Forschungsprojekts): In-Formelle Möglichkeiten und Grenzen der Hochschulbildung im Spiegel der Erfahrung Geflüchteter an deutschen Hochschulen (ErgeS), gefördert von der VW-Stiftung. Laufzeit: 01.03.2018 bis zum

28.02.2021. URL: [https://www.uni-bielefeld.de/\(de\)/erziehungswissenschaft/ag10/erges.html](https://www.uni-bielefeld.de/(de)/erziehungswissenschaft/ag10/erges.html);
12.04.2020.

Kronauer, M. (2002): Exklusion: Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a. M./New York.

Lambert, L./von Blumenthal, J./Beigang, S. (2018) Flucht und Bildung: Hochschulen. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC). URL: <https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2018/04/SoR-08-HS-04-2018.pdf> (11.10.2018)

Mayring, Ph. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Weinheim.

Mecheril, P. (Hrsg.) (2011): Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 43/2011, S. 49-54.

Mecheril, P. (Hrsg.) (2014): Subjektbildung. Interdisziplinäre Analysen der Migrationsgesellschaft. Bielefeld.

Morrice, L. (2013): Refugees in Higher Education. Boundaries of Belonging and Recognition, Stigma and Exclusion. In: International Journal of Lifelong Education 32 (5), S. 652–668.

Prenzel, A. (2006): Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in Interkultureller, Feministischer und Integrativer Pädagogik. 3. Auflage; Wiesbaden.

Pries, L. (2007): Die Transnationalisierung der sozialen Welt – Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften. Frankfurt a. M.

Promberger, M. (2008): Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 40-41/2008, S. 7–15.

Ragnitz, J. (2019): Ostdeutschland im globalen Wettbewerb: Zuwanderung tut not. In: ifo institut (Hrsg.): ifo Dresden berichtet, 2019, 26, Nr. 03, S. 3-5.

Schammann, H./Younso, Ch. (2016): Studium nach der Flucht? Angebote deutscher Hochschulen für Studieninteressierte mit Fluchterfahrung. Empirische Befunde und Handlungsempfehlungen. Hildesheim.

Schammann, H./Younso, Ch. (2017): Endlich Licht in einer dunklen Ecke? Hürden und Angebote für Geflüchtete im tertiären Bildungsbereich. Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 40 (2017) 1, S. 10-15.

Statista GmbH (Hrsg.) (2019): Entwicklung der Studienanfängerquote* in Deutschland von 2001 bis 2018. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72005/umfrage/entwicklung-der-studienanfaengerquote/>; 11.10.2019

Strate, G. (2016): Zugang zur Hochschule für ausländische Studierende und Flüchtlinge. In: Deutscher Bundestag Wissenschaftliche Dienste (Hrsg.): Aktueller Begriff, Nr. 03/16 (26. Januar 2016), S. 1-2.

Treibel(-Illian), A. (2011): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. 5. Aufl. Weinheim.

UNHCR (2019): Tertiary Education. URL: <https://www.unhcr.org/tertiary-education.html>; 10.09.2019.

Yıldız, E./Hill, M. (Hrsg.) (2014): Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft. Bielefeld.

Yıldız, S. (2018): Soziale Arbeit im „gewöhnlichen Nationalismus“ unter nationalstaatlichen Prämissen. In: Bröse, J. et al. (Hrsg.): Flucht. Wiesbaden.